

Sprachrohr mit Profilschärfe:
Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e. V.

Dominik Meier

Dominik Meier ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung e.V. und geschäftsführender Gesellschafter der strategischen Politikberatung Miller & Meier Consulting.

Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e. V. (de'ge'pol) ist der Berufsverband von deutschsprachigen Berufstätigen in der Politikberatung. Im Mai 2002 wurde die de'ge'pol als Berliner Initiative Junger Politikberater gegründet, sie hat derzeit 153 persönliche und 2 korporative Mitglieder und einen ehrenamtlich tätigen Vorstand. Das Ziel des unabhängigen und parteiübergreifenden Verbandes ist die Vermittlung eines klaren Profils von Politikberatung und –management gegenüber den Akteuren im politischen Feld und einer interessierten Öffentlichkeit. Außerdem möchte die de'ge'pol zur Vertiefung des gemeinsamen fachlichen Selbstverständnisses beitragen.

Diese Ziele werden insbesondere durch Veranstaltungen, Fachtagungen, Weiterbildungsseminare und Publikationen verfolgt. Wichtige Veranstaltungen sind beispielsweise die de'ge'pol-Treffs, die sich exklusiv an Mitglieder richten und diesen die Möglichkeit geben, sich mit Gastreferenten aus Politik und Gesellschaft über Politikberatung auszutauschen. Um das Profil der Politikberatung zu schärfen, ist die de'ge'pol einer der Trägerverbände des Deutschen Rats für Public Relations (DRPR), der sich für die freiwillige Selbstkontrolle der in Deutschland tätigen PR-Fachleute einsetzt. Drei der derzeitigen Vorstandsmitglieder der de'ge'pol sind Mitglieder des Beschwerdeausschusses Politik des Rates. Bei der Umsetzung ihrer Ziele nutzt die de'ge'pol auch ihr internationales Netzwerk. Sie unterhält enge Kontakte zu europäischen und internationalen Politikberater-Vereinigungen wie APPC (Association of Professional Political Consultants), EAPC (European Association of Political Consultants), IAPC (International Association of Political Consultants), SEAP (Society of European Affairs Professionals) und PACE (Public Affairs Community of Europe).

Die Mitglieder der de'ge'pol sind sowohl innerhalb als auch außerhalb der institutionalisierten Politik tätig. Mitglieder, die innerhalb des Politikbetriebes tätig sind, sind meistens Ministerialbeamte und Parteireferenten. Außerhalb des Politikbetriebes sind unter den Mitgliedern Kommunikations- und Organisationsexperten, Anwälte, Trainer, Dozenten, Repräsentanten von NGOs, Unternehmen und Verbänden zu finden. Es lässt sich also feststellen, dass Mitglieder der de'ge'pol in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tätig sind und zwischen diesen Bereichen oft als Mittler agieren.

Profilschärfung

Die de'ge'pol hat in den letzten zehn Jahren besonders zur Schärfung des Profils von Politikberatung in Deutschland beigetragen und sich somit auch zum Sprachrohr der Politikberatung in Deutschland entwickelt. Die Schärfung des Profils erfolgte insbesondere durch die Formulierung von Mindeststandards. Bereits im Jahre 2003 hat die de'ge'pol einen Verhaltenskodex verabschiedet, dem sich alle Mitglieder verpflichtet haben. In diesem Verhaltenskodex sind diverse Grundsätze enthalten, die den Arbeitsalltag eines Politikberaters kennzeichnen sollen: Wahrhaftigkeit,

Diskretion, keine finanziellen Anreize, keine Diskriminierung, Respekt, eine klare Trennung zwischen der Tätigkeit als Politikberater und politischem Amt. Außerdem verpflichten sich alle Mitglieder dazu, dem Berufsstand nicht zu schaden. Mit Transparency International hat die de'ge'pol im Jahr 2008 ein Positionspapier zu einem Lobbyregister vorgestellt. Darin fordern beide Organisationen ein Lobbyregister mit Registrierungspflicht. In einem solchen Lobbyregister sollte der finanzielle Umfang der Interessenvertretung und die Verpflichtung zu einem allgemeinverbindlichen und umfassenden Verhaltenskodex für Lobbyisten offengelegt werden. Dieses Positionspapier fordert ebenso klare Regelungen im Umgang mit Interessenkonflikten. Neben diesem Positionspapier für ein Lobbyregister hat die de'ge'pol auch einen Kriterienkatalog zum Qualitätsmanagement entwickelt, der 2005 verabschiedet wurde und zusammen mit den anderen Dokumenten die Grundsätze professioneller Politikberatung beschreibt. Der degepol-Kriterienkatalog zum Qualitätsmanagement verdeutlicht Kriterien, an denen die Qualität von Politikberatung zu messen ist. Zunächst einmal sollte die Fähigkeit, die Einsatzplanung effektiv an den vorgegebenen Zielen und den vorhandenen Mitteln auszurichten, ein Kriterium zur Messung der Qualität sein. Darüber hinaus sind die persönliche und fachliche Kompetenz des Personals der Politikberatung und die Effizienz und Nachprüfbarkeit der Prozesse weitere Kriterien.

Dadurch, dass sich die de'ge'pol auch zum Sprachrohr der Politikberatung in Deutschland entwickelt hat, erfüllt sie besonders in der Lobbyregulierungsdebatte eine wichtige Funktion für die Branche. Sowohl von den Medien, der Politik als auch von der Wissenschaft wird die de'ge'pol als kompetenter Ansprechpartner angesehen. Von den Medien erhält die de'ge'pol regelmäßig Anfragen für Interviews zu allen Themen, die mit Politikberatung und Interessenvertretung in Verbindung stehen. Die Politik wendet sich an die de'ge'pol, wenn es um Hintergrundgespräche mit Abgeordneten beziehungsweise Parlamentarischen Geschäftsführern zur Transparenz-/Regulierungsfrage geht. Darüber hinaus wurden Vertreter der de'ge'pol auch schon für Stellungnahmen zum EU-Transparenzregister oder als Sachverständige in den Landtag von Brandenburg und demnächst auch in den Landtag von Hessen eingeladen. Schließlich wendet sich die Wissenschaft auch mit verschiedenen Kooperationsanfragen beziehungsweise mit der Bitte um Hintergrundgespräche an die de'ge'pol.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die de'ge'pol durch die frühzeitige Positionierung in der Ethik-/Transparenzfrage als inhaltlich sehr gut gerüsteter Akteur dasteht. Es war der richtige Weg, mit den verschiedensten Akteuren in einen Dialog zu treten und die Branche so aus der Defensive zu holen.

Herausforderungen

Mit der Formulierung von berufsspezifischen Standards im Rahmen einer verbandsmäßigen Organisation und der damit verbundenen Systematisierung von Fachwissen trägt die de'ge'pol zur Professionalisierung der Politikberatung in Deutschland bei. Es gibt allerdings auch noch Herausforderungen. Lobbyismus erfährt in der öffentlichen Debatte eine zunehmend negative Konnotation. Interessenvertretung wird oft mit intransparenter Einflussnahme, die zu illegitimen politischen Entscheidungen führe und stärker Einzelinteressen als das Gemeinwohl berücksichtige, gleichgesetzt. Dies sei einer der vielfältigen Gründe für den Vertrauensverlust der Bevölkerung in den Prozess der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Die Diskussion um die Rolle der Interessenvertretung in einer Demokratie wird bisher aus Sicht der de'ge'pol sehr einseitig geführt. Um die Diskussion über eine verantwortungsvolle Interessenvertretung in einem Rahmen zu führen, der ihr in einer demokratisch verfassten Gesellschaft gebührt und um dem Vertrauensverlust der Bevölkerung entgegen zu wirken, bedarf es neuer Koordinaten:

Erstens: Es ist wichtig, Interessenvertretung als ein Merkmal einer lebendigen Demokratie zu verstehen. Zweitens: Die Diskussion um mehr Transparenz im Lobbyismus darf nicht im Sinne der Eindämmung von Lobbyismus falsch verstanden werden. Es darf nicht das Ziel eines Lobbyregisters sein, Interessenvertretung zu unterbinden oder einzuschränken, sondern im Interesse der

Öffentlichkeit den Zugang zum politischen Entscheidungssystem für alle Interessenvertreter gleichermaßen zu regeln und transparent zu machen. Drittens: Die Unterscheidung zwischen gutem und bösem Lobbyismus ist weder zielführend noch im Sinne eines demokratischen Systems. Es ist stattdessen unbedingt erforderlich, professionellen und transparenten Lobbyismus sicherzustellen und gleiche Regeln für alle Akteure im Bereich Lobbying, als auch Anwälte oder NGOs, zu etablieren. Viertens: Die Einführung eines Lobbyregisters macht nur unter bestimmten Voraussetzungen Sinn. Ein Lobbyregister muss verpflichtend sein, einen einheitlichen Geltungsbereich haben, alle Interessenvertreter erfassen und sanktionsbewehrt sein. Fünftens: Die Selbstkontrolle der Branche kann nicht durch ein Lobbyregister ersetzt werden. Mehr Selbstkontrolle und Transparenz sind hingegen zwei richtungsweisende Hebel, die zusammen mit der Einführung eines Lobbyregisters unter den genannten Voraussetzungen zu mehr Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Branche führen.